

Klafft ein Graben zwischen der welschen und der deutschen Schweiz? : Ein historischer Überblick

Autor(en): **Garbani, Philippe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **24 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Klafft ein Graben zwischen der welschen und der deutschen Schweiz?

– Ein historischer Überblick

Die Deutschschweiz reagierte überrascht auf die einheitliche Ablehnung der Initiative «Jugend ohne Drogen» durch die Kantone der Romandie. In der Westschweiz selbst wundern sich höchstens die PolitikerInnen

PHILIPPE GARBANI *

Ein Rückblick auf die Geschichte und Entwicklung der Drogenpolitik, die Ideen und die Praxis der letzten 25 Jahre in der französischen Schweiz offenbart Interessantes. Es ist nicht zu verkennen, dass die offizielle Haltung lokaler Behörden in der Romandie in Sachen Drogenpolitik im vergangenen Jahrzehnt im allgemeinen weit weniger fortschrittlich war als die progressive Einstellung der führenden Deutschschweizer Kantone. Kein Wunder, hat sich die Deutschschweizer Presse angewöhnt, von einem «Graben» zwischen den Sprachregionen zu sprechen.

Pionierarbeit

In der französischen Schweiz wurde im Bereich der Prävention und der Betreuung von drogenabhängigen Menschen schon sehr früh Pionierarbeit geleistet. Zwischen 1969 und 1973 wurden in Lausanne, Genf und im Kanton Freiburg mehrere professionell geführte

Rehabilitationszentren und therapeutische Wohngemeinschaften für ehemalige Drogenabhängige eingerichtet. Im selben Zeitraum wurden in den wichtigsten Städten aller Kantone der welschen Schweiz ambulante Beratungsstellen vom Stil der «Drop-ins» und «Release» für Drogenabhängige und andere gefährdete Jugendliche geschaffen, also Einrichtungen für niederschwellige Hilfe.

Vernetzung mit der Deutschschweiz in den 70ern

Die Kontakte zwischen den Teams der verschiedenen Beratungsstellen und Einrichtungen wurden im Verlauf der Jahre immer regelmässiger und enger. Ab 1970 wurde durch informelle nationale Treffen in Bern auch der Austausch mit Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen aus dem Drogenbereich gepflegt. 1972 haben die welschen und deutschschweizer TherapeutInnen und Sozialarbeitenden gemeinsam den «Schweizerischen Verein der Mitarbeiter der Drogenberatungs- und -behandlungsstellen» gegründet. Die beiden ersten Präsidenten dieser gesamtschweizerischen Vereinigung stammten aus der französischen Schweiz. Sie haben zwischen 1973 und 1975 hinter den Kulissen der parlamentarischen Arbeit massiv bei der Revision des Betäubungsmittelgesetzes mitgewirkt, um dort neue Artikel einzubringen (Artikel 15 und folgende), welche die Möglichkeiten therapeutischer und sozialer Interventionen verbesserten. Gemeinsam haben sich Deutsch- und Westschweizer in dieser nationalen Vereinigung während der ganzen siebziger Jahre für gesellschaftliche Toleranz für drogenabhängige Menschen eingesetzt und gleichzeitig den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur, der Einrichtungen und der zur Verfügung stehenden

Mittel zugunsten drogenabhängiger Menschen gefordert. Das von allen gemeinsam empfohlene Modell war die sogenannte «Behandlungskette»: Niederschwellige Anlaufstellen, Motivation zur Behandlung, Entzug, stationäre Therapie, Nachsorge.

Separation in den 80ern

Diese über die Sprachgrenzen hinausgehende Verständigung hat allerdings in den achtziger Jahren keine Fortsetzung gefunden. Auf der einen Seite drängten die zahlreichen Institutionen, die in der Deutschschweiz während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstanden waren, die welschen Kolleginnen und Kollegen im Schweizerischen Verein der Mitarbeiter der Drogenberatungs- und -behandlungsstellen an den Rand: 1981 wurde dieser Verein durch den Verein Schweizerischer Drogenfachleute (VSD) ersetzt, der sich zunehmend zu einer Deutschschweizer Organisation entwickelte. Auf der anderen Seite verwandelte sich eine rein französischsprachige, von Ärzten dominierte Organisation, das «Groupe romand d'étude de l'alcoolisme» (GREA) in das «GREAT» – das beigefügte «T» steht für «Toxicomanie», Drogenabhängigkeit -und richtete sich somit auch an die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die sich um Drogenprobleme kümmerten. Das GREAT hat sich zu jenem Forum entwickelt, in dem sich die Westschweizer Drogenfachleute treffen, um ihre Berufsprobleme und aktuelle Fragen der Drogenhilfe zu diskutieren. Später hat das GREAT zudem eine eigene permanente Aus-, Fort- und Weiterbildungseinheit eingerichtet.

Diese Nummer entstand mit freundlicher Unterstützung durch den Migros Kulturprozent und das Bundesamt für Gesundheit.

* Philippe Garbani, Geschäftsleiter DROP-IN, Obergässli 15, 2503 Biel



Die 80er-Jahre

Die achtziger Jahre waren in der französischsprachigen Schweiz einerseits geprägt von einer immer intensiveren Diskussion innerhalb des GREAT, andererseits durch eine gewisse Stagnation in den Institutionen und der Drogenpolitik ganz allgemein. Entwicklung gab es bloss in zwei Bereichen: Bei der Prävention, resp. der Früherkennung und bei den Programmen zur Methadonbehandlung.

In den welschen Kantonen, namentlich in der Waadt, im Wallis und im Kanton Freiburg entstand das System der Schul-Mediatoren, das sich dann im Schulbereich rasch verbreitete. Die ersten Methadonbehandlungen fanden ebenfalls in der französischen Schweiz statt: in Lausanne, Biel, Genf und Neuenburg, zuerst als kurzfristige Programme mit abnehmender Dosierung, später als langfristige Substitutionsbehandlungen. Die Methadonprogramme wurden in der zweiten

Hälfte der achtziger Jahre von der ganzen Schweiz als wirkungsvoll anerkannt und überall eingeführt. Davon abgesehen entwickelte sich in den achtziger Jahren in der Westschweiz recht wenig: Die Einrichtungen der Behandlungskette schufen sich ihren Platz und wuchsen, aber sie veränderten wenig an ihrer Konzeption. Die Schwerpunkte der offiziellen Drogenpolitik der französischsprachigen Kantone blieben Repression und Abstinenz: Alles andere wurde an den



Rand gedrängt. Nicht einmal die Notwendigkeit der Aidsprävention für Drogenkonsumierende, die ab 1986 immer zentraler wurde, vermochte dieses Weltbild durcheinanderzubringen: Hauptanliegen der Westschweizer Behörden blieben der Kampf gegen die Drogen und gegen die Drogensucht. Es blieb darum nichts anderes übrig, als entweder jahrelang zu warten oder aber – schrittchenweise und mit Unterstützung der Aidshilfe Schweiz – ab 1990 hier und da ein zaghaftes Zu-

lassen der Abgabe von sauberem Injektionsmaterial zu erreichen, wie dies in Genf und Biel und einige Zeit später in Morges gelang.

Wachsende Kluft zwischen Politik und Praxis

Mehr und mehr kam es also zum Bruch zwischen den lokalen politischen Behörden, die sich an eine repressiven Position festklammerten, und den Fachleuten aus dem Drogen-

bereich, die gezwungen waren, sich laufend weiterzuentwickeln und sich den menschlichen und sozialen Bedürfnissen ihrer Klientinnen und Klienten anzupassen. Dieser Bruch wurde deutlich anlässlich der drei grossen Debatten auf gesamtschweizerischer Ebene.

Ein erstes Problem stellte sich, als die Eidgenössische Betäubungsmittelkommission 1989 dem Bundesrat in ihrem Expertenbericht verschiedenen Änderungen der Schweizer Drogenpolitik

vorschlag, welche unter anderem die Straffreiheit des Konsums aller Drogen, die Förderung der langfristigen Substitutionsbehandlungen und den erleichterten Zugang zu sauberen Spritzen beinhalteten. Zu diesen Vorschlägen wurde das übliche offizielle Vernehmlassungsverfahren eingeleitet. Das GREAT organisierte eine Meinungsumfrage an seiner Basis. Die Meinungen der Fachleute gingen zwar immer noch weit auseinander, aber zum ersten Mal war eine Debatte lanciert und es zeichnete sich eine erste Tendenz für eine Mehrheit ab, die öffentlich für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums eintrat.

Die Diskussion ist lanciert

Die zweite Gelegenheit für die politische Auseinandersetzung der Drogenfachleute mit den lokalen Behörden ergab sich, als in mehreren Städten der deutschen Schweiz sogenannte Fixerräume eröffnet wurden. Die Diskussion spitzte sich um so mehr zu, als in Zürich und Bern offene Drogenszenen entstanden, die auch viele Drogenabhängige aus französischsprachigen Kantonen anzogen. Fixerräume wurden in der Westschweiz damals, Anfang der neunziger Jahre, kaum akzeptiert; es sprachen sich sogar zahlreiche Drogenfachleute gegen sie aus, weil sie die Einrichtung von solchen Lokalen als Resignation gegenüber den Drogenproblemen ansahen. Die psychiatrischen Institutionen von Lausanne und Genf nahmen die Diskussion zu diesem Thema als erste auf. Die Stimmung im GREAT war noch sehr geteilt, aber nachdem zum ersten Mal eines seiner Kolloquien auf deutschsprachigem Boden, in Zürich abgehalten wurde, organisierte das GREAT regelmässige Treffen mit seiner Deutschschweizer Schwesterorganisation, dem VSD. Der nächste Schritt für die beiden Vereini-

gungen lag in der Verabschiedung des Konzeptes zur Risikoverminderung. Bis heute allerdings sind die politischen Behörden und die Gesamtheit der politischen Parteien der Westschweizer Kantone gegen jedes Projekt für einen Injektionsraum.

Bekanntnis zur Überlebenshilfe

Zum dritten Mal Anlass für eine Grundsatzdiskussion gab die Notwendigkeit, für oder gegen die beiden Volksinitiativen «Für eine Jugend ohne Drogen» und «Droleg» Stellung zu beziehen. Auch hier war es wiederum das GREAT, welches sehr früh die Initiative für die Diskussion ergriff. Eine Diskussion, die – zumindest anfangs – recht schmerzhaft war, unterstützten doch mehrere Mitglieder des GREAT mehr oder weniger klar die Initiative «Für eine Jugend ohne Drogen». Andererseits zielte die Initiative ja auf das Verbot der Versuche zur Verschreibung von Heroin an Drogenabhängige und diese Versuche betrafen – zumindest am Anfang – keine der Städte in der französischen Schweiz. Später schlossen sich dann Biel, Freiburg und Genf den Versuchen an. Es vergingen mehrere Jahre mit mehreren Anläufen, bis sich die Mitglieder des GREAT schliesslich an einer Generalversammlung beinahe einstimmig gegen die Initiative aussprachen. Dies darf als Ergebnis eines langjährigen Prozesses gedeutet werden, zumal sich das GREAT in den neunziger Jahren als Sprachrohr und legitime Vertretung der Fachleute verschiedener Disziplinen verstand, die im Drogenbereich tätig sind. Der Fachverband verabschiedete eine «Charta», welche eine Politik der Öffnung fordert, sich für die Vier-Säulen-Strategie des Bundesrates ausspricht und gegenüber den Westschweizer Politikerinnen und Politikern und Gesundheitsbehörden

nachdrücklich den dringend nötigen Ausbau der Überlebenshilfe verlangt.

Der Graben besteht nicht mehr

Das Verdienst der Volksabstimmung vom 28. September 1997 über die Initiative «Jugend ohne Drogen» war wohl diese grossangelegte Meinungsdemonstration. Sie führte auf eindrucksvolle Weise vor Augen, dass sich die Einstellung in den letzten Jahren so verändert hat, wie dies seit mehreren Jahren von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten vorhergesagt wurde: Das Westschweizer Stimmvolk verwarf die Initiative mit grosser Mehrheit. Der Kanton Genf lag in dieser Frage sogar gesamtschweizerisch an der Spitze. Aller Erwartungen zum Trotz sagte sogar der Kanton Wallis «nein» zur Initiative und bekannte sich zur Vier-Säulen-Politik des Bundes.

Der Graben zwischen den Fachleuten der Deutsch- und Westschweiz ist längst zugeschüttet. Auch was die Meinung der Bevölkerung anbelangt, hat sich bei der Abstimmung über die Initiative «Jugend ohne Drogen» gezeigt, dass auch hier inzwischen keine Kluft (mehr) existiert. Doch einen Graben gibt es noch: innerhalb der französischen Schweiz, zwischen den politischen Machthabern mehrerer Kantone und der Mehrheit dieser Kantone. Aber auch da verändern sich – von Genf bis zum Jura – die Ansichten. Folgen den neuen Ideen wohl bald auch die Taten? ■

